

VKAD-Blitzumfrage: Zahlungsrückstände der Sozialhilfeträger in katholischen Einrichtungen der Langzeitpflege

September 2024

Kontakt VKAD:

Andreas Wedeking

E-Mail: andreas.wedeking@caritas.de

Telefon: 030 284447-852

Inhalt

0. Zusammenfassung	3
1. Verteilung der Antworten auf Bundesländer	4
2. Zahlungsrückstände der Sozialämter	5
3. Gefährdung der Liquidität	6
4. Was Träger bereits unternommen haben	7

0. Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Situation von Trägern der Langzeitpflege verschärft sich zusehends. Ein Teil des Problems sind die verzögerten Zahlungen durch die Sozialhilfeträger. Das zeigen die Ergebnisse einer im September 2024 durchgeführten Blitzumfrage des Verbandes katholischer Altenhilfe in Deutschland e.V. (VKAD).

An der Blitzumfrage beteiligten sich insgesamt 130 Träger der Langzeitpflege in Mitgliedschaft des VKAD. Diese Träger haben ihren Sitz in 11 Bundesländern. Insgesamt werden in 287 Einrichtungen mit insgesamt 23.284 Bewohner:innen Rückstände verzeichnet. Die Rückstände betreffen insgesamt 4.276 Bewohner:innen. Das sind durchschnittlich 18 Prozent in einer Einrichtung.

Knapp drei Viertel (71 Prozent) der befragten Träger geben an, Zahlungsrückstände zu verzeichnen. 39 Prozent aller befragten Träger geben an, dass Zahlungsrückstände aktuell beziehungsweise in absehbarer Zeit liquiditätsgefährdend sind.

Die große Mehrheit (83 Prozent) der von Rückständen betroffenen Träger gibt an, bereits etwas gegen die Engpässe unternommen zu haben. Im Freifeld wurde am häufigsten angegeben: Beschwerden bei Sozialämtern; Gespräche mit Kommunen und Bezirksregierungen; Kontakt zu Angehörigen.

Was sich ändern muss

Neben dem Thema Zahlungsverzug sind die Pflegeeinrichtungen von fehlenden Risikozuschlägen und Fristverletzungen bei den Pflegesatzverhandlungen belastet. Der VKAD unterbreitet dazu in seinem jüngsten Positionspapier konkrete Lösungsvorschläge, um die finanzielle Lage von Trägern der Langzeitpflege zu verbessern:

- Vorfinanzierung bei Zahlungsverzug der Sozialämter ermöglichen,
- Risikozuschlag für Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste erhöhen,
- Pflegesatzverhandlungen: Fristen einhalten und Säumniszuschläge einführen.

1. Verteilung der Antworten auf Bundesländer

Die Mehrzahl der an der Blitzumfrage teilnehmenden Träger (42 Prozent) sind in Nordrhein-Westfalen ansässig.



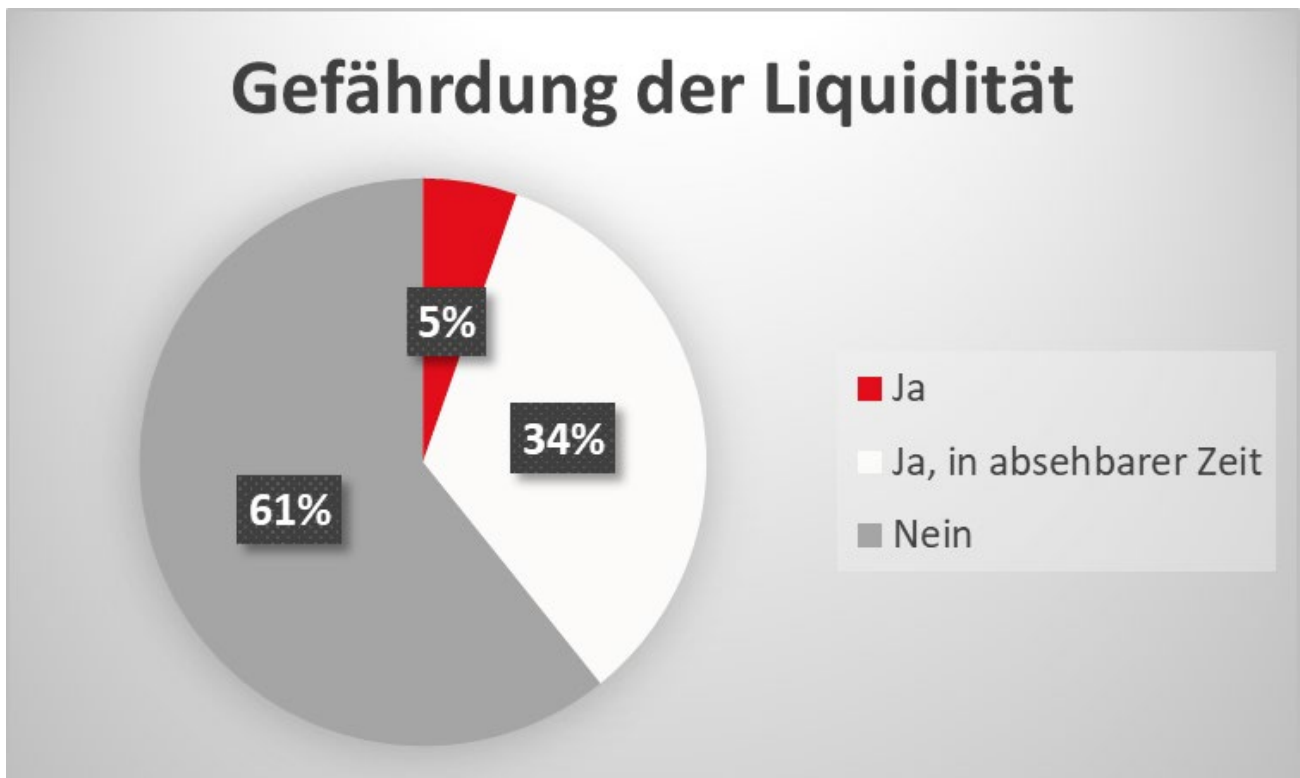
2. Zahlungsrückstände der Sozialämter

Fast drei Viertel aller Träger (71 Prozent) geben Zahlungsrückstände durch die Sozialämter an. Insgesamt werden in 287 Pflegeeinrichtungen Rückstände verzeichnet mit insgesamt 23.284 Bewohner:innen. Die Rückstände betreffen insgesamt 4.276 Bewohner:innen. Das sind durchschnittlich 18 Prozent in einer Einrichtung.



3. Gefährdung der Liquidität

Für 39 Prozent aller antwortenden Träger sind die Zahlungsrückstände jetzt oder in absehbarer Zeit liquiditätsgefährdend. 61 Prozent der befragten Träger geben an, keine Liquiditätsengpässe durch schleppende Zahlungen zu verzeichnen.



4. Was Träger bereits unternommen haben

Die klare Mehrheit der Träger gibt an, aufgrund der Zahlungsrückstände tätig geworden zu sein.

Im Freifeld wurde am häufigsten angegeben:

- Beschwerden bei Sozialämtern;
- Gespräche mit Kommunen und Bezirksregierungen;
- Kontakt zu Angehörigen.

Haben Sie wegen der Zahlungsrückstände bereits etwas unternommen?

